

POSITIONSPAPIER zur Professionalisierung der politischen Bildung im Kontext der „PädagogInnenbildung Neu“¹

Beschluss des Vorstandes vom 25. Mai 2012

Die österreichische Schule hat die Aufgabe, die politische Mündigkeit der Lernenden zu fördern. Laut Schulorganisationsgesetz soll sie dazu beizutragen, dass Jugendliche zu „Bürger[Inne]n der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet [...], zu selbstständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken“ (SchOG §2). Trotz dieser Vorgaben weist die PädagogInnenbildung im Bereich der politischen

Bildung bis heute erhebliche Defizite auf. So sehen die Bildungsprogramme für PädagogInnen noch immer keine verbindliche Basisqualifikation für das seit 1978 bestehende Unterrichtsprinzip Politische Bildung vor. In der vorschulischen Elementarpädagogik fehlt diese ebenfalls, und selbst die der Politischen Bildung gewidmeten Studien- und Ausbildungsanteile für den Fachunterricht² im Primar- und Sekundarbereich sind – so sie denn überhaupt vorgesehen sind – von so geringem Umfang, dass von einer hinreichenden Vorbereitung der angehenden LehrerInnen auf die verantwortungsvolle Aufgabe der politischen Bildungsarbeit noch immer keine Rede sein kann.

Wir, die Interessensgemeinschaft Politische Bildung IGPB, empfehlen dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowie den verantwortlichen Akteuren an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen daher, anlässlich der anstehenden Reformen in der PädagogInnenbildung auch das derzeitige Professionalisierungsdefizit im Bereich der politischen Bildung zu beheben. Da sowohl die politische als auch die historische Bildung in hohem Maße zur Förderung der im Schulorganisationsgesetz und in den Lehrplänen geforderten Eigenschaften und Kompetenzen wie selbstständiger Urteils-

¹ Dieses Papier wurde von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Thomas Hellmuth, Alexandra Lechner-Amante und Elfriede Windischbauer, erarbeitet. Es ist von der IGPB-Generalversammlung am 2. März 2012 aus Anlass des Papiers *PädagogInnenbildung Neu. Die Zukunft der pädagogischen Berufe. Empfehlungen der Vorbereitungsgruppe – im Auftrag von BMUKK und BMWF* (2011) in Auftrag gegeben und online im IGPB-Forum diskutiert worden.

² Im Primarbereich wird Politische Bildung im Rahmen des Sachunterrichts unterrichtet, in den Sekundarbereichen der allgemein- und der berufsbildenden Schulen geschieht dies in unterschiedlichen Fächern und Fächerkombinationen z.B. „Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung“, „Politische Bildung und Recht“, „Politische Bildung“ usw. Hinzu kommen weitere Fächer, deren Ziele, Inhalte und Methoden sich mit dem Gegenstandsbereich der Politischen Bildung überschneiden. Zu nennen ist hier insbesondere das Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ (GWK).

fähigkeit, Weltoffenheit, Toleranz, sozialer Verantwortung sowie Freiheits- und Friedensliebe beitragen, betonen wir jedoch, dass eine Professionalisierung der politischen Bildung nicht zu einer Deprofessionalisierung der historischen Bildung führen darf. Die aktuellen Reformbemühungen im Bereich der LehrerInnenbildung bieten eine gute Gelegenheit, das Professionalisierungsdefizit der politischen Bildung zu beheben, ohne erneut – wie in den Jahren davor – die historische Bildung zu schwächen. Diese Gelegenheit sollte nicht ungenutzt verstreichen.

Anknüpfend an die Vorschläge der vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zur Vorbereitung der „PädagogInnenbildung Neu“ eingesetzten ExpertInnengruppe (Juni 2011) empfehlen wir folgende Maßnahmen:

1. Die Einführung bzw. Beibehaltung verbindlicher Qualifikationsmaßnahmen sowohl für die politische als auch für die historische Bildungsarbeit in allen drei von der Vorbereitungsgruppe vorgeschlagenen Phasen (Bachelorstudium, Induktionsphase und Masterstudium) und allen Bereichen der PädagogInnenbildung (Elementar-, Primar- und Sekundarbereiche).

2. Analog zu anderen Gegenständen und Lernbereichen der PädagogInnenbildung muss auch für die Politische Bildung zwischen fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Anteilen unterschieden werden, für beide Bereiche verbindliche Qualifikationsmaßnahmen vorgesehen und Synergien zwischen beiden hergestellt werden. Im Falle der Ausbildung für das Unterrichtsprinzip müssen alle Lehramtsstudierenden grundlegende Kenntnisse in politischer Bildung verpflichtend erwerben. Im Falle der Ausbildung für den Fachunterricht muss es sich hierbei um ein akademisches Lehramtsstudium analog der Qualifikation für andere Unterrichtsgegenstände handeln.

3. Wir begrüßen den Vorschlag der Vorbereitungsgruppe, angehenden LehrerInnen die Möglichkeit zu geben, sich nicht nur für zwei Schulfächer, sondern alternativ für einen sozialwissenschaftlichen Schwerpunktbereich zu qualifizieren. Angesichts des durch die Professionalisierungsmaßnahmen im Bereich Politische Bildung erhöhten Studienpensums böte dies die Möglichkeit einer Entlastung der Studierenden.

4. Wir empfehlen weiters, dass die für alle PädagogInnen vorzusehende Basisqualifikation in der Politischen Bildung und ihrer Didaktik Teil des von der Vorbereitungsgruppe vorgeschlagenen „Gemeinsamen pädagogischen Kerns“ im Rahmen des Bachelorstudiums wird. Das Politische kann, je nach Perspektive, grundsätzlich in allen Gegenständen zum Tragen kommen, nicht nur in den gesellschaftspolitischen, sondern auch in den sprachlichen, künstlerischen und naturwissenschaftlichen Fächern. Diesem Umstand trägt die Existenz des Unterrichtsprinzips Politische

Bildung, sowie weiterer, mit politischer Bildung in engem Zusammenhang stehender Unterrichtsprinzipien Rechnung.³

Für die Einbeziehung der Basisqualifikation in Politischer Bildung und ihrer Didaktik in den „Gemeinsamen pädagogischen Kern“ spricht weiters, dass sich die im Schulorganisationsgesetz definierten Ziele der österreichischen Schule in vielen Punkten mit denen der politischen Bildung decken.

5. Neben den bestehenden Gegenständen, welche die Fachbezeichnung „Politische Bildung“ enthalten, soll insbesondere auch der Gegenstand „Geographie und Wirtschaftskunde“ wesentliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten aus dem Lernbereich der politischen Bildung vermitteln. Es ist daher notwendig, dass in das pädagogische Bildungsprogramm für die durch diesen Gegenstand abgedeckten Lernbereiche in einem angemessenen Umfang Studien- und Ausbildungsanteile aus der Didaktik der politischen Bildung integriert werden.

6. Ein professionalisierendes Bildungsprogramm erfordert professionelle Ausbilder/-innen und Mentoren/-innen. Wir empfehlen daher, dass die der politischen Bildung gewidmeten Studien- und Ausbildungseinheiten von einschlägig qualifiziertem Personal angeboten werden. Dies erfordert:

- für die fachwissenschaftlichen Studieninhalte die Öffnung der entsprechenden universitären politikwissenschaftlichen und soziologischen Bildungsangebote für Lehramtsstudierende;
- für die fachdidaktischen Studieninhalte die Errichtung von Professuren für die Didaktik der politischen Bildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, wobei der Bildungsbereich „Werte und Gesellschaft“ der Elementar- und Primarstufe ebenfalls in die Zuständigkeit dieser Professuren fallen würde;
- für die unterrichtspraktische Ausbildung während des Studiums und in der Induktionsphase die entsprechende Qualifikation der MentorInnen analog der Qualifikation der MentorInnen für andere Gegenstände. Diese könnte, solange es noch nicht genügend ausgebildete Lehrende der Politischen Bildung gibt, beispielsweise an den entsprechenden Studien- bzw. Universitätslehrgängen (z.B. Linz, Krems, Salzburg) erfolgen.
- Darüber hinaus wäre es sinnvoll, wenn eine Basisqualifikation in Politischer Bildung in den allgemeinen Teil der Bildungsprogramme aller MentorInnen integriert würde.

³ In engem Zusammenhang mit der Politischen Bildung stehen die derzeit (Mai 2012) bestehenden Unterrichtsprinzipien „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit“, „Europapolitische Bildung“, „Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern“, „Interkulturelles Lernen“, „Umweltbildung“, „Medienbildung“, „Wirtschaftserziehung und Verbraucher/-innenbildung“.